



08.13

Editorial

Gesellschaft

Lebensbedingungen und Lebenszufriedenheit von Kindern in Deutschland
Freiwilliges Engagement in Österreich
Mittlerer Lebensstandard in Deutschland setzt zwei Einkommen voraus
Wahrnehmung des Themas „Welternährung“ in der deutschen Bevölkerung
Die Share Economy – Modeerscheinung oder alter Hut?

Marketing

Süße Geschäfte

Demographie

Alt - und trotzdem glücklich?
Japan als Vorbild für die Bewältigung des demographischen Wandels?

Zukunft

Dringend erforderlich: Zukunftskompetenz
Neue Welt des Sports

Europa

Einigung zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie für die Krankenpflegeausbildung

Materialien

Themenheft: Internationale Qualifizierungsmaßnahmen für Unternehmen

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„hurra, wir werden älter!“ Diesen Satz hört man bisher selten – und als Titel einer Veranstaltung wird er sicher noch weniger gewählt. Anders beim „Charity Summit“, der Ende Juni unter dem Motto „Gesellschaftliche Fragen neu denken“ in Berlin stattfand. Hier wurden die Chancen einer alternden Gesellschaft beleuchtet – ohne die Anforderungen, die diese an die Politik und an jeden einzelnen Bürger stellt, zu verschweigen.

Für einen fulminanten Auftakt war mit einem Vortrag von Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg, gesorgt. Er sprach nicht nur über neue Rollen und Aufgaben für ältere Menschen, sondern belegte seine Aussagen auch mit Beispielen aus der Praxis und sorgte mit Zitaten von Rainer Maria Rilke, Hannah Arendt und anderen bekannten Persönlichkeiten für eben die größeren Zusammenhänge, die (nicht nur) im Alter häufiger gesehen werden könnten. Darüber hinaus zeigte er mit der Darbietung verschiedener Klavierstücke von Johann Sebastian Bach sein musikalisches Können. Dass jedermann die Chance hat, angesichts einer solchen geistigen Wachheit kein Problem mit dem Altern zu haben – wie, nach eigener Aussage, Kruse (geb. 1955) selbst – darf allerdings bezweifelt werden.

Wer ist alt?

„Wer ist heute alt?“ Mit dieser Frage eröffnete Moderator Wolf-Christian Ulrich (ZDF neo) das Zwiegespräch zwischen Loring Sittler, Leiter des Generali Zukunftsfonds, und Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körper-Stiftung. Während Haist das „alt sein“ der Definition desjenigen, der sein Alter einschätzt, überlassen wollte, plädierte Sittler (selbst im Alter von 62) für eine klare Grenze: „Jede Person ab 60 ist alt.“ Das negative Vorurteil unserer Gesellschaft gegen das Alter verhindere, dass Menschen ihr Potenzial entdecken.

Zwei sehr unterschiedliche Studien standen im Mittelpunkt des Zwiegesprächs: die „Generali-Altersstudie“, die auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung von Menschen zwischen 65 und 85 Jahren beruht, und die Studie „Alter: Leben und Arbeit“ der Körper-Stiftung, die mit qualitativen Interviews und einer assoziativen Methodik gearbeitet hat.

Was bedeutet Alter?

Als große gesellschaftliche Zukunftsfrage rücke das Alter erst allmählich ins Bewusstsein, konstatierte Haist. Die Körper-Stiftung habe daher wissen wollen, was „Alter“ überhaupt bedeutet – und zwar für Menschen jeden Alters. Dabei sei vor allem herausgekommen, dass die größte Sorge bezüglich des Alters die finanzielle Absicherung sei – nicht nur auf der persönlichen Ebene, sondern auch mit dem Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Umverteilung. Zwar sehe man auch die Chance, etwas Neues anzufangen. Insgesamt aber werde das Alter als unsicherer wahrgenommen als früher. Das öffentlich präsente Bild fitter, aktiver Leistungsträger werde im Grunde abgelehnt. Insgesamt seien die Vorstellungen von einem erfüllten Alter sehr unterschiedlich. Es sei viel Solidarität festzustellen, nicht nur innerhalb der Familie. Dabei gehe es sehr stark darum, dass die Unterstützung freiwillig erfolgt und dass sie wertgeschätzt wird. Ein verpflichtender Appell oder gar die Vermutung, alte

Menschen sollten als Lückenbüßer das übernehmen, was anderswo nicht mehr geht, erzeugten Widerstand.

Viele Konsumenten und wenige Staatsbürger

Sittler vertrat demgegenüber die Ansicht, dass Menschen dazu gebracht werden müssen, das Gute zu tun – von allein geschehe dies nicht. Derzeit gebe es viele Konsumenten und nur wenige Staatsbürger. Unsere obrigkeitsstaatliche Tradition hindere die Menschen daran, Verantwortung zu übernehmen. Die Handlungsmöglichkeiten des Staates würden maßlos überschätzt. Die „Generali-Altersstudie“ habe ergeben, dass das herkömmliche defizitäre Altersbild überholt sei, insbesondere mit Blick auf die sozialen Beziehungen. 60 Prozent der älteren Menschen fühlten sich mitverantwortlich für die Zukunft der Gesellschaft; 45 Prozent seien nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Familie engagiert. Das Innerfamiliäre funktioniere sowohl materiell als auch immateriell. Dennoch hätten Alte einen obersten Wert: Autonomie! Auch von den eigenen Kindern wollten sie nicht abhängig sein.

Heute gehe es den alten Menschen so gut wie noch nie, betonte Sittler. Allerdings komme die Altersarmut mit großen Schritten auf uns zu, und dies erzeuge Angst. Das Umlagesystem werde nicht mehr reichen; der allgemeine Rentenanspruch werde sinken, noch verstärkt durch unterbrochene Erwerbsbiographien. Es stelle sich die Frage, wie wir die heutigen Modelle ergänzen können – auch mit Blick darauf, dass schon heute eine private Vorsorge für viele Menschen kaum möglich sei. „Wie können wir es schaffen, eine Grundsicherung für alle zu haben?“ fragte Sittler.

Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung

Die Einsicht, dass das Rentensystem künftig nicht mehr greifen wird, ist auch bei jüngeren Menschen da – und sie schreckt nicht, betonte Haist. Dass sie länger werden arbeiten müssen, werde von jüngeren Menschen so gut wie gar nicht thematisiert. Die Zuwächse bei 55 bis 65-jährigen in der Arbeitswelt in den letzten Jahren zeigten, dass es wieder eine Motivation gebe, länger zu arbeiten. Zuvor seien ältere Menschen systematisch aus der Arbeitswelt entfernt worden. Haist forderte, dass Ältere in der Arbeitswelt wieder stärker sichtbar werden müssen.

Vor dem Hintergrund, dass die Alten von morgen noch fitter sein und noch länger arbeiten werden, schlug Sittler vor, die Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung zu knüpfen. Durch längeres Arbeiten könnten die Ansprüche erhöht werden. Zudem gelte die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen als gute Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Allerdings sei sie nur eins von drei Standbeinen der Arbeit. Daneben gebe es noch die Familienarbeit und die Freiwilligenarbeit.

Beide Diskutanten plädierten für eine Entzerrung von Familienarbeit und Karriere und für eine lebensphasenorientierte Arbeit und Personalpolitik. Um das Potential der Älteren zu heben, müssten auch die Unternehmen sensibilisiert werden. Allerdings, so wurde festgestellt, widerspreche die Idee der Flexibilisierung dem, was derzeit bei jungen Menschen passiere, d. h. G 8 und Bachelorstudium.

Kultur der Mitverantwortung schaffen

Die Diskussion zeigte vielfältige Handlungsnotwendigkeiten auf. So sollte man die Kommunen stärken, um eine Struktur für das Engagement Älterer zu schaffen. Denn Engagement finde vor Ort statt. Die Beteiligten müssten akzeptieren, dass engagierte Menschen auch mitgestalten wollen. Es müssten attraktive Bedingungen für ein Engagement geschaffen werden. Nach den Ergebnissen der „Generali-Altersstudie“ wären 30 Prozent der Befragten bereit, sich zu engagieren. Aber sie würden zu wenig gefragt.

Dieses Ergebnis ist nicht neu. Obwohl sich in letzten Jahren in vielen Städten und Kommunen eine Infrastruktur für freiwillig Engagierte und Interessierte entwickelt hat, z. B. in Form von Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, ist der Mangel an Informationen ein immer wiederkehrendes Argument. Übrigens nicht nur in Deutschland. Eine aktuelle Studie zum freiwilligen Engagement in Österreich kommt zu ähnlichen Ergebnissen (s. u.).

Schon in der Schule könnte es angelegt werden, dass Menschen systematisch ihre Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen, z. B. durch Service-Learning. Dass jemand 30 Jahre Lebensabend im Lehnstuhl verbringt, können wir uns nicht mehr leisten – und es ist auch für die Menschen nicht gut.

Wie machen wir unsere Gesellschaft demographiefest?
Diese Frage wird uns in den nächsten Jahren noch umtreiben.

Ihre Redaktion

Mehr über den Charity Summit 2013 finden Sie unter <http://www.charitysummit.de/>

Gesellschaft

Lebensbedingungen und Lebenszufriedenheit von Kindern in Deutschland

Das Lebensumfeld für Kinder in Deutschland hat sich insgesamt deutlich verbessert. Die aktuelle internationale UNICEF-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in Industrieländern hat ergeben, dass Deutschland auf Platz sechs der Industrienationen liegt, wenn Lebensbedingungen wie relative Armut, Gesundheit oder Bildung der jungen Generation bewertet werden.

Der Mittelplatz im internationalen Ranking darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb Deutschlands große Unterschiede bei der **relativen Kinderarmut** gibt. Diese wird gemessen als Prozentsatz der Kinder bis 17 Jahre, die in Haushalten aufwachsen, deren Einkommen unterhalb von 50 Prozent des nationalen Medianeinkommens liegt. Diese Rate beträgt in Deutschland rund zehn Prozent und liegt damit im oberen Mittelfeld der Industrieländer. Anders als zu Beginn der 2000er Jahre liegt Deutschland jetzt vor Frankreich und Tschechien auf Platz 11. Deutschland würde in diesem Punkt noch wesentlich schlechter abschneiden, wenn die staatlichen Transferleistungen für Kinder gekürzt würden oder wegfielen. Diese Leistungen reduzieren die Rate relativer Kinderarmut derzeit um mehr als die Hälfte.

Obwohl Deutschland über ein hochwertiges Gesundheitssystem verfügt, reicht es bei der **Kindergesundheit** im Vergleich zu den anderen Industrienationen nach wie vor nur für einen mittleren Platz (12). Trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren gibt es nach wie vor Defizite hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit, des Geburtsgewichts der Kinder und der Impfrate. Positiv ist zu vermerken, dass sich in keinem der anderen 28 Länder der Anteil der Jugendlichen, die rauchen, in den vergangenen Jahren so deutlich reduziert hat wie in Deutschland. In allen untersuchten Ländern ist das Übergewicht von Kindern inzwischen ein Problem. Während Belgien, Frankreich, Großbritannien und Spanien den Trend mittlerweile umkehren konnten, ist dies in Deutschland noch nicht gelungen.

Bei der **Bildung** ist Deutschland in die Spitzengruppe auf Platz 3 vorgerückt – hinter den Niederlanden und Belgien, knapp gefolgt von Finnland. Deutsche Schüler haben bei den neueren PISA-Tests ihre Leistungen deutlich verbessert – beim Lesen, in Mathematik und Naturwissenschaften. Zudem erfasst das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem mehr Jugendliche als im Durchschnitt der europäischen Länder. 96 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren befinden sich in Schule oder Ausbildung. In Spanien und Italien gingen dagegen bereits 2009/10 mehr als zehn Prozent der Jugendlichen unter 19 Jahren weder zur Schule noch hatten sie eine Lehrstelle.

Lebenszufriedenheit insgesamt gesunken

Im Kontrast zu dem positiven Abschneiden bei den genannten Entwicklungen steht allerdings die subjektive Sicht der Jugendlichen in Deutschland auf ihre Lebenssituation. Bei der Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit von Mädchen und Jungen fällt Deutschland tiefer ab als jedes andere untersuchte Land – und zwar auf Platz 22 von insgesamt 29 untersuchten Ländern. Jeder siebte Jugendliche in Deutschland ist mit sich und seiner Situation eher unzufrieden. „Die deutschen Mädchen und Jungen stellen damit sich und ihrer Umgebung ein erschreckendes Zeugnis aus, das uns nachdenklich machen muss“, sagte Professor Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin, Mitglied des Deutschen Komitees für UNICEF. „Die einseitige

Konzentration auf Leistung und formalen Erfolg führt dazu, dass sich viele Kinder und Jugendliche ausgeschlossen fühlen. Unsere an Ressourcen reiche Gesellschaft versagt offensichtlich dabei, allen Mädchen und Jungen Hoffnung und Perspektiven auf gerechte Teilhabe zu geben."

Basis der Analyse

Die neue Studie des UNICEF-Forschungsinstituts „Innocenti“ in Florenz knüpft an frühere Untersuchungen aus den Jahren 2007 und 2011 an, in denen die Lage der Kinder in Industrieländern anhand von sechs Dimensionen verglichen wurde. Nun wurde das frühere Konzept variiert. Die neue Studie analysiert zunächst die Daten der fünf Dimensionen materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Verhalten und Risiken sowie Wohnen und Umwelt. In einem zweiten Teil blickt sie gesondert auf das subjektive Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen. Grundlage der Analyse sind die neuesten erhältlichen Daten von Eurostat, OECD, PISA, Weltgesundheitsorganisation und Weltbank für 27 europäische Länder, die USA und Kanada. Sie beziehen sich auf die Jahre 2009/2010 – durch die Notwendigkeit, verschiedenste nationale Datenerhebungen vergleichbar aufzubereiten, ergibt sich eine zeitliche Verzögerung von zwei bis drei Jahren.

Im Unterschied zu anderen internationalen Vergleichsuntersuchungen erfassen die UNICEF-Studien damit nicht nur einen Einzelaspekt des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen wie die Schulleistungen, sondern materielle, soziale, leistungsbezogene und subjektive Einschätzungen. Ziel ist es, ein umfassendes Bild der Lage von Kindern zu zeichnen. Dies soll konkrete Hinweise geben, in welchen Bereichen dringender Handlungsbedarf besteht, um die Rechte von Kindern zu schützen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie ihre Chancen auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zu stärken.

Niederlande und Nordeuropa erneut Vorreiter

Erstplatziert im internationalen Vergleich sind wiederum – wie schon in beiden vorherigen Studien – die Niederlande: Das Land schneidet in allen fünf Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens am besten ab – und diese gute Situation spiegelt sich auch in der Selbsteinschätzung von Kindern und Jugendlichen. Auch die skandinavischen Länder Norwegen, Island, Finnland und Schweden schneiden im Durchschnitt der fünf Dimensionen besser als Deutschland ab.

Die Studie zeigt zudem, dass sich einige Indikatoren kindlichen Wohlbefindens seit Anfang der 2000er Jahre in allen untersuchten Ländern verbessert haben. So ist der materielle Wohlstand – gemessen in Gütern wie Autos, Kinderzimmern oder Urlaubsreisen – überall gestiegen. Die Rate der Kindersterblichkeit ist überall gesunken.

Schlussfolgerungen von UNICEF

Als Konsequenz aus den Ergebnissen der Studie empfiehlt UNICEF folgende Maßnahmen:

1. Kampf gegen Kinderarmut gezielt verstärken

Mit einer nationalen Agenda gegen Kinderarmut muss die Politik ihre Anstrengungen verstärken, gezielt die wirtschaftlich schwächsten Familien zu unterstützen – und das sind in Deutschland vor allem die Alleinerziehenden.

2. Kindergesundheit fördern

Sport und Bewegung sowie ausgewogene Ernährung müssen hierzulande einen höheren Stellenwert erhalten. Kindergärten und Schulen sollten dem gesundheitsorientierten Sportunterricht sowie gesunder Ernährung mehr Zeit einräumen.

3. Kinder und ihre Rechte stärken

Das Wohlbefinden von Kindern und ihre Rechte müssen zur Richtschnur der Politik von Bund, Ländern und Gemeinden werden. Wichtig ist es, allen Kindern Möglichkeiten zur Teilhabe zu eröffnen. Insbesondere die Kommunen haben die Aufgabe, für mehr Kindgerechtigkeit und Kinderfreundlichkeit im Alltag zu sorgen.

Der Vorsitzende von UNICEF Deutschland, Dr. Jürgen Heraeus, betont, dass die Untersuchung die Lage der Kinder so umfassend wie möglich abbildet. „Die Studie zeigt, dass die Politik sich nicht allein auf vermeintlich objektive Daten verlassen sollte. Wir müssen Kindern und Heranwachsenden besser zuhören und ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung eröffnen.“

Die gesamte Studie, Grafiken und weitere Informationen finden Sie unter www.unicef.de/deutschland2013

Freiwilliges Engagement in Österreich

Im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat das Institut für empirische Sozialforschung, Wien, zwischen August und Dezember 2012 eine bundesweite repräsentative Bevölkerungsbefragung in Form von Face-to-face-Interviews (CAPI) zur formellen und informellen freiwilligen Tätigkeit in Österreich durchgeführt. Befragt wurden 4.000 Menschen ab 15 Jahren.

Freiwilligenarbeit wurde in der Untersuchung (und auch gegenüber den Befragten) definiert als Leistung, die freiwillig (also aus freien Stücken, ohne Druck und Zwang) und ohne Bezahlung für Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird. Die Studie unterscheidet zwischen den Bereichen „formelle Freiwilligenarbeit“ in Vereinen, Institutionen bzw. Organisationen (die so genannte ehrenamtliche Tätigkeit) und „informelle Freiwilligenarbeit“ im privaten Bereich (Nachbarschaftshilfe).

Zentrale Ergebnisse der Befragung

Sie kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- „46 Prozent der Bevölkerung leisten formelle oder informelle Freiwilligenarbeit. Dabei handelt es sich um unbezahlte Tätigkeiten in Organisationen bzw. Vereinen oder im Rahmen der Nachbarschaftshilfe. 28 Prozent arbeiten ehrenamtlich in Einrichtungen mit; 31 Prozent engagieren sich in der Nachbarschaftshilfe. 13 Prozent sind in beiden Sektoren der Freiwilligenarbeit aktiv.
- Hochgerechnet verrichten rund 3,3 Millionen Menschen in Österreich in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit außerhalb des eigenen Haushaltes. In Organisationen und Vereinen arbeiten rund 2 Millionen Menschen unbezahlt mit; im informellen Bereich bzw. in der Nachbarschaftshilfe beläuft sich die Anzahl auf rund 2,2 Millionen.
- Gegenüber der vorangegangenen Großerhebung aus dem Jahr 2006 hat sich der Anteil der in der informellen Freiwilligenarbeit Tätigen um 4 Prozentpunkte erhöht. Im formellen Sektor ist die Beteiligungsquote in etwa gleich geblieben. Da in diesem Zeitraum auch ein Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen war, leisten aktuell um rund 300.000 Menschen mehr Freiwilligenarbeit als dies vor sechs Jahren der Fall war.
- Während sich der Anteil der Frauen und Männer bei der Nachbarschaftshilfe annähernd deckt, sind im formellen Bereich insgesamt gesehen mehr Männer als Frauen im Einsatz (56 Prozent versus 44 Prozent). Das Geschlechterverhältnis weicht bei einigen Tätigkeitsfeldern stark voneinander ab. Männer sind vor allem in Sportvereinen und im Katastrophen- und Rettungsdienst (z. B. freiwillige Feuerwehr) deutlich in der Überzahl, Frauen insbesondere im Sozial-, im Bildungs- und im kirchlichen Bereich.
- Zwei Drittel der Personen, die eine formelle oder informelle Freiwilligenarbeit leisten, sind berufstätig.
- Die Beteiligungsquote, vor allem an der formellen bzw. ehrenamtlichen Freiwilligenarbeit, hängt stark von der formalen Schulbildung ab. Mit steigendem Bildungsniveau nimmt auch der Anteil derer zu, die in Organisationen bzw. Vereinen ehrenamtlich aktiv sind.
- Personen mit Zuwanderungshintergrund engagieren sich zu überdurchschnittlichen Anteilen informell, also im Rahmen der Nachbarschaftshilfe (39 Prozent), während ihre Beteiligungsquote bei der formellen Freiwilligenarbeit mit 22 Prozent deutlich unter dem Gesamtschnitt liegt.
- Die Mehrzahl der in der formellen und informellen Freiwilligenarbeit Tätigen engagiert sich regelmäßig. Der Zeitaufwand für die formelle Freiwilligenarbeit in Organisationen innerhalb der letzten 7 Tage machte je nach Bereich im Schnitt zwischen 2,6 und 4,3 Stunden aus. Der Zeitaufwand für die Nachbarschaftshilfe belief sich in diesem Zeitraum im Mittel auf 3,4 Stunden.

- Zugunsten der Freiwilligenarbeit wurde von den Aktiven eine Reihe von Gründen angeführt, wobei gleichermaßen altruistische (anderen helfen, zum Gemeinwohl beitragen usw.) wie auch selbstbezogene Motive (Freude daran, andere Menschen kennenlernen, aktiv bleiben usw.) als Antriebsfaktoren wirken.
- Jene, die bislang nicht in der Freiwilligenarbeit tätig waren, begründeten dies vor allem damit, dass man darum noch nicht gebeten worden ist bzw. dass es im persönlichen Umfeld keinen Bedarf gegeben hat. Ein weiterer Hauptgrund ist die fehlende Zeit wegen der eigenen familiären Auslastung. Hoch ist auch der Anteil derer, die als Begründung angaben, dass sie über die Möglichkeiten einer Freiwilligenarbeit zu wenig informiert sind (38 Prozent).
- Insgesamt halten es 26 Prozent der Befragten für sinnvoll, die Bevölkerung mehr über Möglichkeiten einer formellen Freiwilligenarbeit bzw. einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu informieren. Dafür sprachen sich vor allem jene aus, die jetzt schon ehrenamtlich tätig sind (zu 45 Prozent). Präferiert werden entsprechende Informationen bzw. Auskünfte von den Organisationen und Vereinen selbst (76 Prozent) sowie seitens der Gemeinden (80 Prozent). In Bezug auf die Länder und den Bund ist die entsprechende Erwartungshaltung geringer.
- 78 Prozent derer, die sich für mehr Informationen aussprechen, erachten die an die Haushalte verschickten Gemeinde- und Bezirksblätter für geeignete Informationsträger. Jeweils rund die Hälfte der Interessierten votierte auch für einen Aushang auf der Gemeinde bzw. in Amtsgebäuden, für mehr Informationen auf den Homepages der Organisationen und Vereine sowie für einschlägige Informationsveranstaltungen vor Ort."

Engagement nach Handlungsfeldern

Mit 8 Prozent der Bevölkerung entfällt der vergleichsweise höchste Anteil ehrenamtlich Tätiger auf die Sport- und Turnvereine inklusive „Bewegungsgruppen“ (z. B. Seniorengymnastik).

Jeweils 5 bis 6 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind in den Bereichen Kunst-, Kultur-, und Freizeit, Katastrophenhilfe und Rettungsdienst (z. B. freiwillige Feuerwehr) sowie im kirchlichen Bereich und bei bürgerlichen Aktivitäten bzw. im Gemeinwesen (dazu zählt auch die Arbeit in Tourismusvereinen, in Bürgerinitiativen und im Rahmen von Generationennetzwerken) aktiv.

Zwischen 3 und 4 Prozent der Bevölkerung sind in den Sektoren Umwelt- und Naturschutz, Soziales und Gesundheit, Bildung und Politik bzw. der Interessensvertretung ehrenamtlich tätig.

Resümee und Ausblick

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Freiwilligenarbeit in Österreich nicht nur sehr verbreitet ist; die ehrenamtlichen Aktivitäten im informellen Bereich haben sich in den letzten sechs Jahren seit der letzten Befragung sogar noch leicht erhöht. Das Engagement geht quer durch alle Bevölkerungsgruppen, auch wenn vor allem bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten nach wie vor

Zugehörige der oberen Bildungs-, Berufs- und Sozialschichten höhere Beteiligungsquoten aufweisen als die sozial Schwächeren.

Ungeachtet der bereits hohen Beteiligung lasse sich aus den Ergebnissen der aktuellen Erhebung ersehen, dass das Potenzial an Menschen, die sich auf diese Weise sinnstiftend in die Gesellschaft einbringen könnten, dies aus Informationsmangel aber nicht tun, längst nicht ausgeschöpft wird.

Dafür, dass sich das Potenzial für Freiwilligenarbeit in Zukunft weiter vergrößern wird, sprechen vor allem zwei soziodemographische Entwicklungen: Einerseits sind die gesundheitlichen Ressourcen zunehmend selbst im höheren Lebensalter gegeben, um ein qualitätsvolles und sinnorientiertes Leben führen zu können. Dazu gehört für viele auch, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen. Zum anderen steigt in Österreich das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau an, das einen wesentlichen Partizipationsfaktor insbesondere für die formelle Freiwilligenarbeit darstellt. Hinzu kommt, dass die sich in vielen Bereichen beschleunigende und mit entsprechendem Stress verbundene Erwerbsarbeit als zunehmend weniger erfüllend empfunden wird, was auch bei den Jüngeren zu einem wachsenden Bedürfnis nach einem mitmenschlichen und gemeinschaftsbezogenen Ausgleich führen könnte.

Zugleich wird mit der absehbaren Bevölkerungsentwicklung ein wachsender Bedarf an Freiwilligenarbeit bei gesundheitsbezogenen Hilfsdiensten für betagtere Menschen einhergehen. Dies betrifft auch die informellen Aktivitäten bzw. die Nachbarschaftshilfe, etwa im Hinblick auf Besuchsdienste und Pflegeunterstützung, auf Hilfestellungen im Haushalt, auf Besorgungen usw.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Österreicherinnen und Österreicher Freiwilligenarbeit gleichermaßen aus gemein- und eigennützigen Motiven leisten. Diese Form des sozialen Handelns sei somit im Regelfall für alle Beteiligten hilfreich und sinnstiftend. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass das Engagement tatsächlich freiwillig erfolgt und nicht als zwanghafte moralische Verpflichtung empfunden wird, die man einlösen muss, weil es keine staatlichen bzw. kommunalen Angebote und Unterstützungen gibt.

Neben einer fraglos diskutablen Wiederaufwertung des ‚klassischen‘ Ehrenamtes werde es nötig sein, auch neue Formen des Freiwilligenengagements anzubieten, die stärker als bisher die Aspekte der Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Selbstorganisation in den Vordergrund des gesellschaftlichen Engagements rücken.

Der Studienbericht „Freiwilliges Engagement in Österreich“ kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Mittlerer Lebensstandard in Deutschland setzt zwei Einkommen voraus

Mit Begriffen wie „Ernährerlohn“ oder „Familienlohn“ verbindet sich die Vorstellung, dass ein Einkommen ausreicht, um Existenzsicherung und Wohlstand einer Familie zu gewährleisten. Dies trifft allerdings nicht mehr zu. In einer Studie belegen Sozialwissenschaftlerinnen der Universität Bremen, dass für einen mittleren Lebensstandard heute zwei Familieneinkommen

erforderlich sind. Der männliche Alleinernährer der Familie ist eine „aussterbende“ Spezies.

In den durch Wirtschaftswachstum und Sozialstaatsausbau gekennzeichneten sechziger und siebziger Jahren der alten Bundesrepublik reichte der Verdienst des Mannes tatsächlich aus, um der Familie einen guten Lebensstandard zu sichern. Das galt nicht nur für die Einkommen von Beamten, sondern auch für die Löhne von männlichen Facharbeitern in den industriellen Kernsektoren. Im wiedervereinigten Deutschland hat das damit verbundene, traditionelle Leitbild vom männlichen Familienernährer und der Hausfrauenehe jedoch an Bedeutung verloren: durch steigende Frauenerwerbstätigkeit und gewandelte Familienformen ebenso wie durch stagnierende Reallöhne und wachsende Einkommensungleichheiten.

Neue Leitbilder und veränderte Regelungen in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, die auf die Erwerbstätigkeit auch von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzen, scheinen diesem Wandel Rechnung zu tragen. Doch was bedeutet dies mit Blick auf Erwerbseinkommen und Wohlstandssicherung? Können auch die meist in Dienstleistungsbranchen beschäftigten Frauen einen „Ernährerlohn“ erzielen?

Traditioneller „Ernährerlohn“ reicht nicht mehr aus

Vor diesem Hintergrund hat ein Forscherteam der Universität Bremen unter der Leitung von Dr. Irene Dingeldey und Professorin Karin Gottschall untersucht, inwieweit ein Lohn, der eine Familie ernährt, in West- wie Ostdeutschland noch Bestand hat. Mit Blick auf so genannte „Normalarbeitnehmer“, also berufsfachlich qualifizierte, Vollzeit beschäftigte Frauen und Männer in typischen Industrie- und Dienstleistungsbranchen wurde analysiert, inwieweit diese Gruppen als Teil der gesellschaftlichen Mitte noch ein Einkommen erzielen, das auch im Familienkontext einen Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze garantiert.

Die Ergebnisse des von der Hans-Böckler Stiftung finanzierten Projektes, veröffentlicht in einem Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen (3/2013), zeigen, dass der traditionelle „Ernährerlohn“ nur noch von knapp einem Viertel der männlichen und weiblichen Normalarbeitnehmer erreicht wird. Als Referenzpunkt wird das Lohnniveau berufsfachlich qualifizierter Vollzeitbeschäftigter in der Metallindustrie genommen. Dieses Lohnniveau erreichen vor allem westdeutsche Männer - westdeutsche Frauen und ostdeutsche (männliche und weibliche) Arbeitnehmer hingegen deutlich seltener.

Unterschiedliche Tariflohnentwicklungen und Armutsrisiken

Analysen zur Tariflohnentwicklung nach Branchen offenbaren, dass sich die Unterschiede im Zeitverlauf durch relativ hohe Steigerungen bei den Einstiegsvergütungen in den Metallberufen und bei Bankkaufleuten und eher geringen Steigerungen bei Erziehungsberufen und in der Altenpflege noch verstärkt haben. Betrachtet man nicht nur die Lohneinkommen, sondern die Einkommen auf Haushaltsebene, so wird deutlich, dass insbesondere weibliche Normalarbeitnehmer in Westdeutschland sowie ostdeutsche männliche und weibliche Normalarbeitnehmer zusätzlich auf staatliche Transferleistungen und auf Partnereinkommen angewiesen sind, um Armut im Haushaltskontext zu vermeiden.

Einen mittleren Lebensstandard für eine mindestens dreiköpfige Familie kann schließlich nur noch ein Viertel der vergleichsweise gut verdienenden männlichen Normalarbeitnehmer in Westdeutschland allein mit einem Einkommen erreichen. Für weibliche Normalarbeitnehmer im Westen, aber auch für ostdeutsche Normalarbeitnehmer liegt der entsprechende Anteil z. T. unter 10 Prozent. Faktisch ist damit die „Zweiverdienerfamilie“ zur Voraussetzung für Wohlstandssicherung geworden.

Umgekehrt sind insbesondere alleinerziehende Frauen selbst mit qualifizierter Vollzeitberufstätigkeit zu mehr als zwei Dritteln nicht in der Lage, den Bedarf ihres Haushalts allein durch ihr Erwerbseinkommen zu decken. Dies, so das Forscherteam, verweist nicht nur auf blinde Flecken im neuen Leitbild des individuellen Erwerbsbürgers, sondern auch auf konkreten Handlungsbedarf für die Tarifparteien und sozialpolitischen Akteure.

Weitere Informationen: Universität Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft, PD Dr. Irene Dingeldey, E-Mail: dingeldey@iaw.uni-bremen.de, Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Kontakt: Prof. Dr. Karin Gottschall, E-Mail: k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Wahrnehmung des Themas „Welternährung“ in der deutschen Bevölkerung

Die Welternährung ist kein Top-Thema in der öffentlichen Debatte in Deutschland. Viele Menschen nehmen das Thema „Hunger“ vor allem dann wahr, wenn die Medien in akuten Krisensituationen darüber berichten. „Chronischer Hunger und Unterernährung als weit verbreitete Dauerprobleme“ erfahren deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit. Hunger in der Welt betrachten die meisten Menschen als Verteilungsproblem. Ansätze zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft haben für die Mehrheit keine zentrale Bedeutung für die Verbesserung der Welternährungslage. Das sind Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen einer repräsentativen Verbraucherbefragung, die von Wissenschaftlern aus dem Arbeitsbereich „Welternährungswirtschaft und Rurale Entwicklung“ an der Universität Göttingen (<http://www.uni-goettingen.de/>) durchgeführt wurde.

Zur Ausgangssituation

Im jüngsten Hungerbericht der Vereinten Nationen (<http://www.fao.org/publications/sofi/en/>) wird konstatiert, dass weltweit rund 870 Millionen Menschen an Unterernährung leiden. 62 Prozent der Hungernden leben dem Bericht zufolge in Asien, 30 Prozent in Afrika, sechs Prozent in Lateinamerika und zwei Prozent in den Industrieländern. Die Nachfrage nach Getreide wachse schneller als das Angebot. Bis zum Jahr 2050 werde mit einer Steigerung der Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln um 70 Prozent gerechnet. Die erforderliche deutliche Steigerung der Agrarproduktion stelle allerdings vor dem Hintergrund des Klimawandels und knapper werdender Ressourcen eine große Herausforderung dar.

Für die Mehrheit der Deutschen sei die Lösung für das globale Ernährungsproblem aber „nicht primär in der Landwirtschaft“ zu suchen. Als Hauptursachen für den Hunger gelten – offenbar unter dem Einfluss der Berichterstattung in den Medien – vielmehr Dürren, Kriege und Konflikte sowie die Korruption in Entwicklungsländern. Aspekte, die direkt mit der Landwirtschaft in

Verbindung stehen (z. B. der Einsatz von Agrarprodukten für die Gewinnung von Bioenergie, der geringe Einsatz moderner Technologien in Entwicklungsländern und „Nach-Ernteverluste“) sind nach Auffassung der Befragten „relativ unbedeutend“.

Hunger – vor allem ein Verteilungsproblem?

Die meisten Deutschen sehen Verteilungsprobleme als Ursache für den Welthunger. Über 70 Prozent der Befragten versprechen sich Verbesserungen der Situation vor allem durch den Ausbau des Fairen Handels und ein Verbot der Spekulation mit Lebensmitteln. Da auch diese Themen stark in den Medien präsent sind, bewerten die Forscher auch diese Meinungsäußerung als „Indiz für den starken Einfluss der Medien als Meinungsmacher“.

Der verstärkte Einsatz ertragreicher Pflanzensorten in der Landwirtschaft wird zwar von 75 Prozent aller Befragten als vielversprechend betrachtet. Gleichzeitig befürchten aber über 40 Prozent, dass durch den verstärkten Einsatz der Gentechnik eine weitere Verschlechterung der Welternährung eintreten könnte. Ähnlich negativ bewertet die Öffentlichkeit einen höheren Einsatz von Düngemitteln und den Pflanzenschutz. Hier würden weit verbreitete Ängste vor Umwelt- und Gesundheitsrisiken beim Einsatz von Gentechnik auf das Thema „Welternährung“ übertragen, vermutet Prof. Dr. Martin Quaim, der Leiter der Verbraucherbefragung. Befragt, worauf sie im Falle eines Konflikts zwischen Welternährung und Umweltschutz die Priorität legen würden, hätten fast zwei Drittel der Befragten dem Umweltschutz den Vorrang gegeben. Angesprochen auf die Rolle der konventionellen und der ökologischen Landwirtschaft trauten die Befragten letzterer mehr zu. Fast jeder Zweite betrachtet den Ökolandbau „als vielversprechend für die Verbesserung der Welternährung.“

Zur Rolle des Konsumverhaltens in der EU

Viele Befragte sehen Chancen, mit dem Konsumverhalten innerhalb der EU Einfluss auf das Welternährungsproblem zu nehmen. Besonders der Bezug von regional erzeugten Lebensmitteln und fair gehandelten Produkten wurde in der Befragung häufig genannt, ebenso der sparsame und bewusste Umgang mit Lebensmitteln. Beim tatsächlichen Kauf- und Konsumverhalten hätten die meisten Befragten jedoch bekannt, „dass das Thema Welternährung für sie persönlich keine bedeutende Rolle spielt“. Das sei vor allem bei dem hohen Fleischkonsum zu bemerken, der in der öffentlichen Diskussion oft als ein „Problem für die Welternährung“ benannt werde.

Kompetenz in Fragen Welternährung

Von zehn zur Auswahl stehenden Akteuren sei von den Befragten der Deutschen Welthungerhilfe in der Beurteilung von Fragen zur Welternährung die größte Kompetenz zugeschrieben worden. Die deutschen Politiker bilden in diesem Ranking das Schlusslicht. Auch die landwirtschaftlichen Organisationen finden sich bei der Kompetenzzuschreibung im unteren Mittelfeld wieder. Allerdings werde dem Deutschen Bauernverband mehr zugetraut als den „Agrokonzernen“. Das lasse auf „Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft als „Agro-Industrie“ schließen. Hohes Vertrauen im Hinblick auf Welternährungsfragen genieße Greenpeace, obwohl die Kernkompetenz der Organisation eher im Bereich Umwelt liege. Als „sehr kompetent“ seien neben der Welthungerhilfe einzig die Agrarwissenschaftler eingestuft worden.

Fazit: Gesellschaftliches Umdenken erforderlich

Gegenwärtig ist die Welternährung „kein Top-Thema“ der öffentlichen Debatte in Deutschland. Die öffentliche Kommunikation zum Thema „Welternährung“ ist verbesserungswürdig.

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen, dass die öffentliche Meinung zur Welternährung stark „durch positive und negative Vorurteile“ geprägt wird. Dadurch, dass die Ziele des Umweltschutzes höher bewertet werden als das Ziel der Verbesserung der Welternährung, ergeben sich Pauschalurteile: „Was als positiv für die Umwelt wahrgenommen wird, wird automatisch auch als positiv für die Welternährung eingestuft.“ Als Beispiel hierfür stehe der Ökolandbau. Umgekehrt würden solche Technologien, die als umweltschädlich eingestuft werden, „auch als negativ für die Welternährung bewertet“. Dies treffe für „chemische Inputs“ und für die Gentechnik zu. Allerdings führen Pauschalurteile bei so hochkomplexen Fragestellungen nicht weiter.

Zunehmend wichtig würden Innovationen und ressourceneffiziente Wertschöpfung in der Landwirtschaft, „um einer wachsenden Weltbevölkerung globale Ernährungssicherheit bieten zu können“. Entgegen der Meinung vieler der Befragten spielten die Landwirtschaft und deren Produktivitätssteigerung in Europa „eine erhebliche Rolle für die Welternährung“. Und eine ernsthafte „Konkurrenz zwischen Tank und Teller“ verursache die Erzeugung von Biosprit. Die derzeitige Bioenergiepolitik „schadet der Welternährung“.

Für die Lösung der Probleme in der Welternährung gebe es „keine einfachen Tricks“. Hier seien viele wichtige Faktoren zu berücksichtigen. Man dürfe die verschiedenen Maßnahmen nicht gegeneinander ausspielen. Zwar spiele der Fleischkonsum bei der Welternährung eine wichtige Rolle, aber seine Reduzierung in den Industrieländern würde „den globalen Nachfragetrend nicht umkehren“. Ähnliches gelte für die Verschwendung und Verluste von Lebensmitteln. Auch sei das Verhalten der Verbraucher „nur bedingt politisch steuerbar“. Derzeit spiele bei den Konsumententscheidungen die Welternährung keine große Rolle.

Eine Zusammenfassung der Befragungsergebnisse von Prof. Dr. Martin Quaim, Wilhelm Klümper und Onas Kathage und „Wahrnehmung des Themas Welternährung in der deutschen Öffentlichkeit“ (17 S.) findet sich als [GlobalFood Discussion Papers, No. 16](#) von der Website der Universität Göttingen heruntergeladen werden; eine Präsentation (57 S.) zum Vortrag der Autoren auf dem 9. Ernährungssymposium der Heinz-Lohmann-Stiftung, in dem Ergebnisse der Verbraucherbefragung vorgestellt wurden findet sich [hier](#).

Die Share Economy – Modeerscheinung oder alter Hut?

Wir können heute immer mehr Alltagsgegenstände nutzen, ohne sie zu besitzen. Carsharing Modelle etwa ermöglichen es jenen, kurzzeitig ein Auto zu leihen, die keines haben. Es kann sich ein Auto leasen, wer öfter darauf angewiesen ist – und wer schließlich doch einen eigenen Wagen besitzt, kann ihn vermieten oder ihn auf längeren Fahrten mit Mitfahrern teilen. Das Teilen von Gütern wird neudeutsch als „Share Economy“ bezeichnet. Besonders in der digitalen Welt ist das „Filesharing“ und „Cloudcomputing“ längst angekommen. Doch kann diese Form der Güternutzung den Besitz verdrängen? Das Magazin „brand

eins" (www.brandeins.de) ging in seiner Mai-Ausgabe 2013 auf das Thema „Teilen und Tauschen“ ein und gibt mit einigen interessanten Aspekten Aufschluss über diese Frage.

Vom Eigentum zur Luxuserfahrung

Mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft haben materielle Güter an Bedeutung eingebüßt. Sowohl Unternehmen als auch Konsumenten greifen heute verstärkt auf Waren und Dienstleistungen zurück, die sie sich ausleihen. Eigentum verpflichtet. Es wird in der zunehmend dynamisierten Welt und bei den geltenden Mobilitätsansprüchen an die Gesellschaft in manchen Bereichen als Ballast empfunden. Der Zugang zu differenzierten Nutzungsmodellen ist praktikabler.

So ist etwa das überall lesebereite E-Book komfortabler als die Büchersammlung, die ohnehin zu viel Platz einnimmt. Nicht nur junge Menschen verzichten auf manche Güter, auch ältere, die durch den Erwerb teurer Gegenstände keinen größeren Nutzen mehr erkennen und sich häufiger an Dienstleistungen erfreuen, bei denen sie Erfahrungen machen können, wie zum Beispiel Reisen.

Doch das bedeutet nicht, dass keiner mehr etwas besitzen will. 75 Prozent der Menschen betrachten die Altersvorsorge als wichtigstes Motiv für den Erwerb einer eigenen Wohnimmobilie, so die Ergebnisse einer Prognos-Studie (<http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de/w/files/studien-etc/prognos-studie-wohneigentum.pdf>). Dauerhafte, werthaltige Produkte sind nach wie vor gefragt, doch rücken auf Grund geänderter Lebensumstände und einer sich wandelnden Gesellschaft weitere Prioritäten in den Vordergrund. Je nach finanzieller Absicherung und Lebenslage ersetzt die Möglichkeit des Leihens und Tauschens Knappheiten. Zudem ist die Trennlinie von Kauf und Nutzung im Zeitverlauf verwässert, die Kultur des „Erleben wollens“ ist in den Blickpunkt gerückt.

Teilen im digitalen Zeitalter

Die Computermesse CeBIT stand in diesem Jahr unter dem Motto „Share Economy“. Das Teilen und der gemeinsame Nutzen von Wissen und Ressourcen nehmen einen herausragenden Stellenwert insbesondere in der digitalen Wirtschaft ein. Doch der Verleih und das Teilen von Gegenständen ist im Grunde nichts Neues. Durch das Internet sind diese Praktiken nur besser nutzbar und erreichbar geworden. Ein Beispiel dafür sind Portale wie mundraub.org oder foodsharing.de, in denen Gegenstände verliehen, verschenkt oder getauscht werden können.

Der Austausch digitaler Güter hat den stärksten Aufschwung erfahren. Seit den späten 1990er Jahren erfreuen sich Musik- und Filmtauschbörsen großer Beliebtheit. Digitale Wissensdatenbanken, wie zum Beispiel Wikipedia, werden von Internetusern in der ganzen Welt genutzt und haben den Zugang zu Wissen grundlegend verändert. Cloudanwendungen haben die zunehmende Mobilität begleitet und mitgeprägt. Nutzer können durch sie immer und überall auf ihre Daten zugreifen. Diese Entwicklung ist mit einer Verschiebung von Wert- und Transparenzvorstellungen einhergegangen. Immer mehr Menschen sind bereit, private Informationen preiszugeben und sich etwa über soziale Netzwerke mit anderen auszutauschen. Auf der anderen Seite ist die Politik bereits aufgerüttelt und sieht Bedarf, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern. Unfreiwillig an die Öffentlichkeit geratene

Daten sowie Urheberrechtsfragen prägen den medialen und politischen Disput verstärkt. Es besteht ein Regulierungsbedarf für die Share Economy im Internet.

Die Share Economy als Geschäftsfeld

Die Vielfalt der Konsummöglichkeiten ist durch die Share Economy gestiegen. Trends können sich schnell entwickeln, verbreiten und durch eine größere Masse genutzt werden. Nicht zuletzt auch auf Grund technischer Entwicklungen können Konsumenten Güter heute schneller und flexibler nutzen und müssen sich nicht langfristig an diese binden. Der Erwerb eines Smartphones etwa, das ein Jahr später wieder weiterverkauft wird, verschafft dem Nutzer einen technisch hohen Stand. Auch der Käufer profitiert von dem Handel, da er preisgünstig an ein wertiges Produkt herangekommen ist. Die Share Economy ist daher klar vom Teilen im solidarischen Sinne zu unterscheiden.

Es bestehen in den wenigsten Fällen altruistische Gründe für den Tausch; beide Parteien erfahren einen Nutzensvorteil. Konsumenten, die es sich finanziell leisten können und auf Nummer sicher gehen wollen, erwerben nach wie vor lieber ein eigenes Produkt und nutzen es solange wie möglich. Die Share Economy hat nicht dazu geführt, dass weniger konsumiert wird. Vielmehr ist das Konsumverhalten durch einen weiteren Markt, den „Markt des Teilens“ ergänzt worden, der in seiner heutigen Form nur im digitalen Bereich eine wirkliche Neuerung darstellt.

Marketing

Süße Geschäfte

So betitelte die Wochenzeitung „Die Zeit“ das Dossier ihrer Ausgabe vom 8. Mai 2013. Es geht darin um bewährte und um neue Methoden des Kindermarketings. An den Anfang stellen die Autorinnen Elisabeth Raether und Tanja Stelzer die Beschreibung eines kleinen Films, den Dirk Ziems, Managing Partner der Marktforschungsagentur concept m, auf einem Kongress für Kindermarketing zeigt. Ein kleines Mädchen, ausgestattet mit einer Kamera auf dem Kopf, bewegt sich durch den Supermarkt und findet sehr schnell die ihr vertrauten Produkte aus der Werbung.

Kindermarketing

Ziems macht mit dem Film deutlich, wie „die Marke auf den Einkaufszettel kommt“. In seinem Vortrag erläutert er, dass Kinder, insbesondere im Alter von 4 bis 6 Jahren, im Supermarkt unter enormer Spannung stehen. Für sie sei die Reizüberflutung nicht zu managen. Unternehmen der Lebensmittelindustrie gäben viel Geld dafür aus, „dass er Kindern in den Kopf guckt“. Obwohl Kinder selber noch nichts verdienen, können sie über sehr viel Geld entscheiden. Das ist es, was das Kindermarketing für die Wirtschaft so interessant macht. Im Jahr 2011 standen den Kindern im Alter von 6 bis 13 Jahren 2,9 Milliarden Euro als Taschengeld oder als Geldgeschenke zur Verfügung.

Außerdem dürfen Kinder heute oft mitentscheiden, was für sie gekauft wird. Sie reden mit, wenn es um Spielzeug, Bekleidung oder die Urlaubsreise geht. Zu all dem kommt noch ein Markt, den der Wirtschaftswissenschaftler und Kindermarketing-Experte Tobias Effertz auf ca. 70 Milliarden Euro schätzt. Es handelt sich um den so genannten „Naggingmarkt“. Dabei geht es um das Geld, das Eltern und Verwandte ausgeben, um nicht ständig „vollgequengelt“ zu werden.

„Pester Power“ ist das Ziel

Den eingangs erwähnten Marketingkongress, auf dem der Film gezeigt wurde, veranstaltete die Agentur Cobra Youth, eine Agentur für Kinder-, Jugend- und Familienmarketing. Zu den größten Erfolgen dieser Agentur gehört die Vermarktung der Kinderchipsmarke „Pom-Bär“. Während Pom-Bär sich den Kindern früher vorwiegend über das Fernsehen näherte, wechselte die Marke vor 3 Jahren ins Internet. Damit wird nach Aussagen des Leiters der Agentur, Christopher Schering, „Bonding“ – eine viel höhere Bindungswirkung – erreicht. Durch den Kauf von immer neuen Pom-Bär-Chips-Tüten, auf denen ein Code aufgedruckt ist, erhalten die Kinder Taler gutgeschrieben, mit denen sie sich in der Internet-Pom-Bär-Welt neue Accessoires für ihre Spielfiguren kaufen können. Diese Art der Internetwerbung soll „Pester Power“ – so genannte „Quengelfkraft“ – entwickeln.

Der Kindermarketingexperte Schering, selbst Vater von zwei Kindern, sagt von sich „Ich bin, obwohl ich Profi bin, gleichzeitig auch Opfer“. Visionäres Kindermarketing, so Schering, zielt auf biographische Umbrüche. „Immer, wenn im Leben eines Kindes eine Tür aufgeht, steht dahinter eine Figur, die ein Marketingmensch geschickt hat.“ Beim Eintritt in den Kindergarten, beim Schulstart oder dem Beginn der Pubertät gelte: „Bevor das Kind neue Freunde hat, hat es schon eine neue Marke.“

In Zeiten gesättigter Märkte schauen Unternehmen nach einem neuen Mehrwert und das sind z. B. soziale Netzwerke wie pombaer.de, in denen Austausch, Freundschaft und Geborgenheit locken. Die Marke werde zum Spielkameraden.

Ungesunde Lebensmittel verkaufen sich am Besten

Es gehöre zu einer Faustregel des Lebensmittelgeschäfts, dass ungesunde Produkte hohe Gewinne bringen, weil sie aus billigen Zutaten gemacht werden. Nach J.P. Morgan beträgt die durchschnittliche globale Umsatzrendite für Frühstücksflocken, Snacks und Kekse 18,4 Prozent, für Süßwaren 15 Prozent und für Obst und Gemüse 4,6 Prozent. Die Industrie verkaufe die extrem kalorienhaltigen Produkte nicht, weil sie ihren Kunden schaden wolle, sondern weil die Formel, mit der gesunde Lebensmittel sehr billig hergestellt werden könnten, noch nicht gefunden sei. Viele Versuche, an Kinder gerichtete Werbung zu verbieten und Lebensmittel besser zu kennzeichnen, seien an der Macht der Lobbyisten gescheitert. So habe der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) im Jahr 2004 verhindert, dass die Europäische Kommission ein Gesetz zur Regulierung der Kinderwerbung verabschiedet. 2009 habe dieser Verband dafür gesorgt, dass Essen in Kindergärten gegen die Empfehlung von Wissenschaftlern auch weiterhin Geschmacksverstärker und künstliche Aromen enthalten darf.

Meisterwerk des Lobbyismus oder schwarzes Loch?

Die Autorinnen bezeichnen die „plattform ernährung und bewegung (peb)“ (<http://www.ernaehrung-und-bewegung.de/>) als ein Meisterwerk des Lobbyismus. Es handelt sich um eine Allianz von Politik und Industrie zur Prävention von Übergewicht bei Kindern. Zu den Mitgliedern gehören u. a. Vertreter verschiedener Landesregierungen und von Gesundheitsverbänden, aber auch Vertreter von Danone, Mars, Coca-Cola, Ferrero, Capri-Sonne und McDonalds. Der Jahresbeitrag von 25.000 Euro sei für diese Hersteller ein lohnendes Geschäft, weil sie damit weniger ausgeben als für einen TV-Werbespot und gleichsam zum Partner der Politik werden. Die ehemalige Verbraucherschutzministerin Renate Künast, die selbst peb ins Leben gerufen habe, spreche zwischenzeitlich von peb als einem „schwarzen Loch, in dem alle guten Absichten verschwinden.“

„Kooperation statt Konfrontation“ gehöre zu den neuen Marketingmethoden der Lebensmittelindustrie. Unmerklich verbreite sich die Werbung in allen Bereichen des Kinderalltags. Da seien die Bilder von „Superman“ auf dem Kinderschlafanzug und der Bettwäsche; Comicfiguren begleiteten die Kinder auf dem Frühstückstisch. In der Schule werde dem Kind ein Film zur Verkehrssicherheit gezeigt, der von Capri-Sonne zur Verfügung gestellt werde und im Fußballverein trainiere es für das DFB-Abzeichen, gesponsert von McDonald's. Zweijährige könnten bereits die Marke McDonald's und Burger King auseinanderhalten. Im Alter von zehn Jahren seien Kindern bereits 300 bis 400 Marken bekannt. Am wirksamsten sei Kindermarketing, wenn gelingt, in die Spiel-, Wunsch- und Themenwelt der Kinder einzudringen. „Kinder sind nicht mehr nur Kinder, sie sind auch: Konsumenten.“

Der gesamte Beitrag ist zu finden unter <http://www.zeit.de/2013/20/kinder-marketing-werbung>

Demographie

Alt - und trotzdem glücklich?

Die Alterung und die Schrumpfung der Gesellschaft führen in Deutschland dazu, dass der Wirtschaft in Zukunft weniger potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung stehen als bisher. Bis 2050 dürfte die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 53,5 auf 38,6 Millionen Menschen sinken. Der Anteil der wirtschaftlich Abhängigen, also der Kinder und insbesondere der Ruheständler, an der Gesamtbevölkerung wird im gleichen Zeitraum deutlich steigen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der materielle Wohlstand unserer Gesellschaft von einem immer kleiner werdenden Teil der Bevölkerung erwirtschaftet werden muss und folglich bei gleichbleibender Leistung jedes Einzelnen abnehmen würde.

Doch ist dies wirklich so? Kann der demographische Wandel nicht auch positive Auswirkungen auf unser Wohlbefinden haben? Diese Frage haben Stephan Siebert und Reiner Klingholz vom Berlin-Institut in dem Discussion Paper „Alt aber glücklich – Führt eine schrumpfende und alternde Bevölkerung zu weniger Wohlstand?“ untersucht.

In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten ist die eingesetzte Arbeit in Deutschland bereits relativ konstant geblieben, und das Wirtschaftswachstum fußte einzig und allein auf Produktivitätszuwächsen, stellen die Autoren fest. Letztere können auch weiterhin für eine wachsende Wirtschaft sorgen. Sie sind jedoch nicht immun gegen demographische Veränderungen. So dürfte die Alterung der Gesellschaft mittelfristig die Kapitalausstattung der Erwerbstätigen senken und könnte ohne politische Reformen auch beeinflussen, wie effizient die vorhandenen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital genutzt werden.

Gebremstes Wirtschaftswachstum bedeutet nicht schrumpfende Wirtschaft

Das wäre dann der Fall, wenn ältere Arbeitnehmer weniger produktiv und innovativ wären als jüngere, worauf verschiedene Studien hindeuten. Ob dies in Zukunft so bleibt, wird sich zeigen. Unzweifelhaft ist, dass der demographische Wandel das Wirtschaftswachstum unter sonst gleichen Bedingungen dämpft. Dies bedeutet aber nicht, dass die Wirtschaft zwangsläufig schrumpfen muss.

Weil die Zahl der Erwerbstätigen sinkt und weil Produktivitätssteigerungen und Kapitalausstattung in einer alternden Bevölkerung zurückgehen könnten, wird sich zwar das Wirtschaftswachstum verlangsamen, Allerdings können politische Maßnahmen den negativen Effekt der Demographie auf die Wirtschaftsleistung dämpfen. So lässt sich der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wenigstens teilweise durch eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie zusätzliche Einwanderung kompensieren, während die Produktivität unter anderem durch verbesserte Aus- und Weiterbildung positiv beeinflusst werden kann.

Ist Wirtschaftskraft gleich Wohlstand?

Inwiefern ist Wirtschaftskraft aber überhaupt mit Wohlstand gleichzusetzen? Die Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator ist bekannt. Inzwischen stehen zahlreiche alternative Indizes zur Verfügung, die darauf abzielen, die tatsächliche Wirtschaftsleistung realistischer zu erfassen und auch nicht-materielle Aspekte des Wohlergehens in die Berechnung

einzu beziehen. Eine allgemeingültige Definition von Wohlstand ist daraus allerdings bisher noch nicht hervorgegangen. Verschiedene Autoren erachten verschiedene Aspekte als entscheidend für das Wohlergehen. Wohlstand scheint also eine stark subjektive Komponente zu haben. Mit dem Aufkommen der Glücksforschung trug dem auch die Wissenschaft in den letzten Jahren Rechnung.

Zwar eignen sich gemittelte Glückswerte aus verschiedenen Gründen nicht unbedingt als direkte Politikziele. Die Erkenntnisse der Glücksforscher können uns aber dennoch dabei helfen, die menschliche Psyche besser zu verstehen und so zu einer breiter angelegten Definition von Wohlergehen zu gelangen. So führt ein höheres Einkommen durchaus zu einer höheren Lebenszufriedenheit, allerdings beobachten die meisten Forscher hier einen abnehmenden Grenznutzen. Das heißt, jeder zusätzlich verdiente Euro steigert das persönliche (und gesamt-gesellschaftliche) Glücksempfinden weniger als der vorherige.

Außerdem wird das subjektive Wohlbefinden maßgeblich durch nicht-monetäre Faktoren beeinflusst, etwa Bildung, Gesundheit oder soziale Bindungen – und vor allem durch den Erwerbsstatus. So bewirkt der Verlust des Arbeitsplatzes größere langfristige Glückseinbußen als jedes andere Ereignis, einschließlich Trennung oder Scheidung. Denn neben dem Gehalt erlangt der Erwerbstätige gesellschaftliche Wertschätzung. Aus diesem Grund führt Arbeitslosigkeit oft zu einem Verlust an Selbstwertgefühl, Angst und Depression.

Einflussfaktoren für das subjektive Wohlbefinden

Die Einflussfaktoren auf das subjektive Wohlbefinden der Menschen lassen sich grob in fünf Kategorien einteilen. Während die Gene der Menschen gegeben sind und manchen eine vorteilhaftere Ausgangsposition als anderen verschaffen, lassen sich Faktoren wie die wirtschaftliche Lage, sozio-demographische Eigenschaften, Kontext- und Situationsfaktoren (wie Selbständigkeit und Religiosität) und politische Rahmenbedingungen aktiv gestalten. Der Effekt dieser Faktoren kann allerdings je nach Land und Zeitpunkt variieren. Zudem lassen sich Ursache und Wirkung nicht immer klar voneinander trennen. So wirkt sich die Gesundheit positiv auf das Glücksempfinden aus; glückliche Menschen haben aber auch ein besseres Immunsystem und sind deswegen gesünder.

Der demographische Wandel beeinflusst mittel- oder unmittelbar viele Faktoren des subjektiven Wohlergehens. So wird in einer Zeit knapper werdender Arbeitskräfte der Qualifikation der vorhandenen Erwerbstätigen eine wichtigere Rolle zufallen als bisher. Um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, müssen zusätzliche Anstrengungen im Bildungssystem unternommen werden. Denn niedrig und neuerdings auch durchschnittlich Qualifizierte werden auf dem Arbeitsmarkt immer weniger nachgefragt.

Bildung als glücksstiftendes Element

Entscheidend hierbei: Bildung ist nicht nur ein Mittel zum ökonomischen Zweck, sondern vor allem auch glücksstiftend. Neben der Bildung wird auch der Gesundheit der Erwerbstätigen eine immer wichtigere Rolle zukommen, um diese bis ins hohe Alter produktiv zu halten. Schon heute fördern viele Unternehmen aktiv die Gesundheit ihrer Angestellten. Auch hier gehen ökonomische Notwendigkeit und persönliche Zufriedenheit Hand in Hand – denn wer sich selber gesund fühlt, ist zufriedener mit

seinem Leben als andere. Und so lange ältere Menschen gesund sind, liegt ihr subjektives Wohlbefinden sogar höher als bei Menschen mittleren Lebensalters.

Bei alledem gilt es zu beachten, dass die Menschen nach heutigem Kenntnisstand nicht glücklicher wären, wenn die Wirtschaft in Deutschland stagniert beziehungsweise schrumpft. Vielmehr würden bestehende Verteilungskämpfe zusätzlich angeheizt. Doch eine Wirtschaftsdynamik, die weiterhin ein hohes Beschäftigungsniveau sichert, mit einem hohen subjektiven Wohlergehen zu verbinden, ist auch in Zeiten gravierender demographischer Veränderungen möglich. Um den wachstumsdämpfenden Effekt der Demographie abzufedern, sollte uns daran gelegen sein, die Menschen so lange wie möglich produktiv zu halten. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters scheint gerade ob der deutlich gestiegenen Lebenserwartung ein logischer Schritt. Der Strukturwandel hin zu einer Wissensökonomie ermöglicht es uns zudem, die Arbeit an sich so zu gestalten, dass sie im Einklang mit anderen Lebenszielen steht – vor allem über flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle.

Das Discussion-Paper „Alt aber glücklich - Führt eine schrumpfende und alternde Bevölkerung zu weniger Wohlstand?“ von Stephan Siebert und Reiner Klingholz kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Japan als Vorbild für die Bewältigung des demographischen Wandels?

Deutschland und Japan weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Beide zählen zu den weltweiten Technologieführern und den stärksten Wirtschaftsnationen. Darüber hinaus nehmen Deutschland und insbesondere Japan, demographisch gesehen, eine Sonderstellung ein und gelten als Pioniere der Alterung, da sie zu den ersten Industrienationen gehören, deren Bevölkerung ihren Zenit überschritten hat. So wachsen die geburtenstarken Jahrgänge in beiden Ländern bereits in das Rentenalter hinein, während bedingt durch niedrige Geburtenraten immer kleinere Kohorten ins Erwerbsalter aufsteigen. Ohne tiefgreifende Reformen ist eine Bewältigung der daraus resultierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht zu bewältigen.

Wie Japan dem demographischen Wandel bisher begegnet und ob diese Vorgehensweise für andere Nationen ein Vorbild sein kann, steht im Fokus des neuen Diskussionspapiers „Demographisches Neuland – Schneller noch als Deutschland muss Japan Antworten auf eine schrumpfende und alternde Gesellschaft finden“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, das unter Mitwirkung der Japanologin Gabriele Vogt von der Universität Hamburg entstanden ist. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Bisherige Maßnahmen zeigen kaum Erfolge

Ähnlich wie Deutschland hat sich Japan mit der Ergreifung von Maßnahmen zur Geburtensteigerung lange Zeit sehr schwer getan. Erst in den jüngsten Jahren hat die japanische Regierung Programme mit den Zielen aufgelegt, das „Kinderkriegen“ attraktiver zu machen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Hierzu zählen beispielsweise die Einrichtung von Beratungsstellen für Mütter, die Einführung der Elternzeit für Väter und der Besuch von jungen Familien mit Kleinkindern in Schulklassen, um dort von den Freuden des Elternseins zu berichten.

Darüber hinaus sollten der Ausbau und die Verlängerung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten zur Entlastung von berufstätigen Müttern beitragen. All diese Programme wurden jedoch nur mit mäßigem Erfolg umgesetzt. Zwar hat sich die japanische Fertilitätsrate nach einem Tiefststand von 1,26 Kindern je Frau im Jahr 2005 wieder leicht auf 1,39 im Jahr 2011 erhöht. Jedoch verharrt sie seit fast 20 Jahren auf einem relativ konstanten Niveau von weniger als 1,4. Ein wichtiger Grund hierfür ist nach Ansicht der Autoren, dass in Japan in Sachen Familie nach wie vor überwiegend traditionelle Vorstellungen herrschen, d. h. Kinder bekommen praktisch nur Paare, die verheiratet sind und Frauen geben ihre Beschäftigung auf, wenn Kinder kommen.

Zuwanderung ist momentan unerwünscht

Ein probates Mittel zur Erhöhung der Erwerbspersonenzahl und folglich zur Abfederung der künftigen demographischen und wirtschaftlichen Probleme wäre die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften. Um die Erwerbsbevölkerung Japans auf dem Stand von 1995 zu halten, müssten pro Jahr 609.000 Personen zuwandern. Dies wird jedoch trotz des bereits herrschenden Fachkräftemangels in einigen Wirtschaftsbereichen (z. B. Gesundheitswesen) nicht als politische Option angesehen. Hierbei ist die Besonderheit der japanischen Bevölkerungsentwicklung zu beachten, dass es in der Vergangenheit so gut wie keine Zuwanderung gab. So gibt es aktuell gerade einmal zwei Millionen Ausländer in Japan; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 1,7 Prozent.

Potentiale der alternden Bevölkerung werden erfolgreich genutzt

Positiv wird der erfolgreiche Einsatz der älteren Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt und in der Zivilgesellschaft gesehen. So verfügt Japan über ein weites Netz engagierter Bürger. Hierzu zählen u. a. die rund 300.000 gelisteten Nachbarschaftsorganisationen, bei denen 52 Prozent aller Freiwilligen über 60 Jahre alt sind. Etliche Senioren (etwa 750.000) verdienen sich als so genannte „silberne Humanressourcen“ ein kleines Taschengeld hinzu, indem sie z. B. im Gemeindebüro aushelfen und sich um Kinder oder Ältere kümmern. Lange aktiv sind die Japaner allerdings auch schon vor der Verrentung. So stehen noch 28 Prozent der Männer über 64 Jahre im Berufsleben. Zum Vergleich: In Deutschland sind es nur 7 Prozent.

Fazit: Andere Länder können von Japan nur wenig lernen

Insgesamt konstatieren die Autoren, dass Japan bezüglich des Umgangs mit dem demographischen Wandel kaum als Vorbild für andere Nationen angesehen werden kann. Vielmehr würde dem Land aktuell nur die Wahl zwischen zwei Krisen bleiben. Entweder stürzt das Land, bedingt durch die dramatisch sinkende Anzahl seiner Arbeitskräfte, in eine dauerhafte Wirtschaftskrise oder es würde bei einer deutlichen Erhöhung der Zuwanderung in eine Identitätskrise geraten, da es seine immer noch gefühlte ethnische Homogenität aufgeben würde.

Das Diskussionspapier „Demographisches Neuland – Schneller noch als Deutschland muss Japan Antworten auf eine schrumpfende und alternde Gesellschaft finden“ (35 S; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) steht [hier zum Download](#) bereit.

Zukunft

Dringend erforderlich: Zukunftskompetenz

Obwohl wir nicht wissen können, was kommen wird, gestalten wir mit unserem Handeln schon heute die Zukunft und entwickeln Bilder und Vorstellungen der Welt von morgen. Es ist aber schon erstaunlich, „wie viele Staaten- und Wirtschaftslenker, Firmenkapitäne und Privatanleger die größten Knaller der jüngsten Geschichte (wie „Lehman“, Fukushima, den „Arabischen Frühling“ und den „Euro-Kollaps“) verschlafen“ haben. Zu diesem Fazit kommt Dr. Heiko von der Gracht, Direktor des Centers für Zukunftsforschung und Wissensmanagement der EBS Business School, Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden (<http://www.ebs.edu/>), in einem Beitrag für „changeX“, dem „Online-Medium für Zukunftsideen, neue Wirtschaft und Innovation“ (<http://www.changex.de/>). Da „dringend Zukunftskompetenz“ gebraucht werde, frage er sich, ob angesichts dieser „grotesken Ahnungslosigkeit (...) noch Hoffnung für die Menschheit“ bestehe? Der Autor jedenfalls zeigt sich überzeugt: Zukunftskompetenz ist lernbar.

Gelegenheit zum Lernen?

Bislang hätten wir – „trotz gelegentlicher Krisen“ – nahezu „rosige, das heißt mehr oder weniger der Zeitstabilitätshypothese gehorchende Zeiten“ durchwandert. „Was gestern galt, galt morgen fast auch noch.“ Im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit existiere Zukunftsforschung „schlicht nicht“, außer in einigen „Comic-Liebhaber-Kreisen“, in „Nerd-Zirkeln“ und bei den „Best in Class“, die seit 30 Jahren ganze Zukunftsstäbe, Projektgruppen und Denkfabriken unterhielten. Aber in den letzten Jahren hätte die Welt angesichts „explodierender Banken und Atommeiler“ mehr „über das Wesen der Zukunft und deren Handhabung lernen können als bisher in ihrer Geschichte“. Allerdings sei es „noch nicht raus“, ob die Welt wirklich lernfähig ist. „Was man hätte lernen können, ist schmerzhaft trivial: Zukunft ist wichtig. Wer unfähig ist, sie halbwegs fundiert zu antizipieren, den frisst sie, verstrahlt sie, bringt ihn an den Bettelstab, ruiniert die Währung und sprengt Staatenbünde“.

Und was hätten die Manager lernen können? Zum Beispiel, was ein Szenario ist. „Doch nach den jüngsten Krisen darauf angesprochen, war die häufigste Reaktion: ‘Ah, stimmt, Szenario. Auch schon mal gehört. Wie ging das noch mal?’“ Obwohl die ersten Future Tools schon von den alten Griechen entwickelt worden seien („Stichwort Orakel zu Delphi“), wisse „in manchen Branchen nicht die Hälfte der Manager, was ein Szenario ist – oder hat nie eines durchgeführt“. Es sei nicht allzu vermessen, zu behaupten, „dass es am 9. September 2008 kein einziges Chart gab, auf dem wir den größten Crash der neueren Geschichte hätten finden können. Am 10. September war Lehman faktisch pleite.“

In jeder Regierung, jeder Branche und jedem Unternehmen finde man zwar „massig Future Tools, die lebhaft praktiziert und gelobt werden“, die aber schon deshalb Unfug seien, „weil sie nicht das tun, was sie zu tun vorgeben: also die Zukunft relativ zuverlässig zu beschreiben“. Mit der Zukunft sei das „wie mit Beton oder einer durchgeladenen Walther PPK: Es kommt nicht so sehr auf das Instrument an sich an, sondern darauf, was man draus macht. Es kommt weniger auf das Future Tool als auf die Future Competence an (...)“.

Was, so ein oft vorgetragener Einwand, nütze in einer Zeit „exogener Schocks“ Zukunftskompetenz? „Gerade weil ein

heranwachsender, bonusgeiler Banker in Texas neuerdings das Weltfinanzsystem zum Einsturz bringen kann, ist Zukunftskompetenz entscheidend", hält der Autor dem entgegen. „Wir sollten nämlich nicht vergessen: Bei jedem exogenen Schock gibt es 80 Prozent Belämmerte und 20 Prozent Krisengewinnler (...). Man braucht nicht die Wahrscheinlichkeit von exogenen Schocks zu kennen. Es reicht, wenn man weiß, dass sie kommen werden.“

Die Frage nach den Alternativen

Vorstände sagten gerne: „Das wird der Markt der Zukunft!“ Auf der Basis solcher Hoffnungen würden jährlich „Milliarden Euro investiert – und verloren“. Denn es könne gut sein, „dass das zwar ‘der Markt der Zukunft’ wird“, aber nur für 2,5 Prozent der Bevölkerung. Auch die Aussage, „dass zum Beispiel der Markt für Elektroautos mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 80 Prozent bis in fünf Jahren fünf Millionen Autos aufnimmt“, sei eine „relativ nutzlose Aussage“, denn „was passiert, wenn die restlichen 20 Prozent eintreffen“?

Wer über die Zukunft nachdenkt, solle „nicht in Wahrscheinlichkeiten, sondern in Alternativen“ denken, das heißt in Szenarien: „Wenn ich ein Szenario ‘fünf Millionen Autos in fünf Jahren’ fahre und ein Szenario ‘eine Million in fünf Jahren’ und eines mit ‘sieben Millionen in fünf Jahren’, und jedes Szenario bis zum Ende (fast) aller Konsequenzen durchdenke, dann habe ich heute schon eine sehr viel stärker empfundene Sicherheit und Flexibilität für die Zukunft, als ich sie mit einer bloßen Wahrscheinlichkeitsangabe hätte.“ Zu diesem Vorgehen tendierten zumindest Praktiker und führende Zukunftsforscher. Und da Jüngere eben besser in Alternativen denken könnten als Ältere, lohne es sich, die Zukunftsforschung spürbar zu verjüngen.

Zu viele Informationen

Wer auf Google „Zukunft der Branche X“ eintippe, stoße auf eine fünfstellige Zahl an Fundstellen: viel zu viele! Heute gehe es längst nicht mehr um Informationsgewinnung, sondern um eine intelligente Verknüpfung vorhandener Daten. Die CIA z. B. sei von der Zukunft überrollt worden. Die Zeitung „Chicago Tribune“ habe das vorgeführt. Sie „ließ einige ihrer Reporter im Internet wühlen“ und die frei zugänglichen Daten abgleichen mit ebenfalls frei zugänglichen Telefonbüchern, Dokumenten über Immobilienverkäufe, Wahlregistereinträgen, Urteilen, Grundsteuerbescheiden, Offenbarungseiden, Handelsregistereinträgen und Einträgen von professionellen Datenbanken.

Die Zeitung suchte – wie es die Zukunftsforschung auch tun sollte – nicht nach einzelnen Daten, sondern nach ihrer Verbindung untereinander, nach dem Muster. „Wer das schafft, erhält aus vielen Punkten plötzlich ein stimmiges Bild. Im Falle der ‘Chicago Tribune’ waren es die supergeheimen Identitäten von CIA-Agenten, die Standorte von geheimen Trainingslagern, Flugzeugen und anderen Einrichtungen der CIA. Die Einrichtungen waren teilweise mit Stacheldraht, Beton, Fahrsperrern und schwer bewaffneten Wachen gesichert. Doch das simple Verbinden von nicht geheimen Daten entlarvte die bestgehüteten Staatsgeheimnisse der USA (...). Die Reporter zeigten ihre Ergebnisse der CIA. Die war ziemlich beeindruckt, fürchtet jetzt die ‘Chicago Tribune’ mehr als den KGB – und gibt die perfekte Metapher dafür ab, wie Zukunft funktioniert.“

Rechenschaft ablegen!

Bislang habe die Zukunftsforschung „in einem Fool's Paradise“ gelebt: „Dicke Budgets, man wird in Ruhe gelassen, tolle IT – und keiner musste darüber richtig Rechenschaft ablegen. Noch nicht einmal auf die denkbar einfachste Weise: Ist die Vorhersage so eingetroffen, wie ihr sie vor zwei Jahren gemacht habt?“ Aber: „Zukunftsforschung muss nutzen“ und muss das auch nachweisen können! Und dieser Nachweis erfolge hoffentlich „über die Qualität der in die Szenarien reingesteckten Annahmen, über die Professionalität der Anwendung eingesetzter Tools, über die Nachvollziehbarkeit bei der Auswahl der Experten, über die Erhöhung von Flexibilität und Agilität der Rezipienten der Zukunftsforschung und vieler anderer Standards of Performance“, die für die junge Disziplin „erst noch geschaffen, als solche anerkannt und verabschiedet werden müssen“.

Zukunftskompetenz ist „Holschuld“!

Dass die vorhandenen Tools zur Beantwortung zukunftsentscheidender Fragen „nicht in gebotennem Maße genutzt werden“, liege nicht an der mangelnden Popularität der Zukunftsforschung, „sondern am mangelnden Bewusstsein des Homo sapiens, seiner mangelnden Future Awareness. 1.000 Jahre in mehr oder minder geregelten Verhältnissen haben ihn denkfaul gemacht. Das ist schlimm für die Faulpelze, die von der neuen Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft überrollt werden. Gleichzeitig ist es gut für jene, die Zukunft lernen, wie sie Algebra, Tennis und Unternehmensführung gelernt haben“.

Wer sehe, dass die „Deals und Gewinne der Zukunft“ Zukunftskompetenz und das Aufzeigen und Abwägen der denkbaren Szenarien erfordern, der frage mitunter: „Warum kann man das dann nicht längst studieren?“ Dazu nur so viel: An mittlerweile 50 Universitäten auf der ganzen Welt können Studierende Kurse oder ganze Studiengänge zur Zukunftsforschung belegen, in Deutschland seit 2010 den Master-Studiengang Zukunftsforschung an der FU Berlin. Warum aber wissen das so wenige? – fragt der Autor. Bezogen auf die Zukunftskompetenz seien – wie immer – mindestens zwei Szenarien denkbar. „Erstens: Zukunftskompetenz ist und bleibt Herrschaftswissen weniger, die sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich immer mehr durchsetzen (...). Zweitens: Irgendwann in naher Zukunft lernen bereits ABC-Schützen Rechnen, Schreiben, Lesen und Simulieren.“

Der Essay von Heiko von der Gracht (EBS Universität für Wirtschaft und Recht gGmbH, Center für Zukunftsforschung und Wissensmanagement, Wiesbaden) „Nicht die Zukunft verschlafen“ (6 S.) im Online-Magazin „change X“ finden Sie [hier](#).

Neue Welt des Sports

„Die Sportindustrie wird bald die Zukunft der Welt prägen.“ Diese These stellen Christoph Markmann und Dr. Heiko von der Gracht vom Institut für Zukunftsforschung und Wissensmanagement an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in ihrem Beitrag „Supermann kann einpacken“ im Informationsdienst „Zukunftsmanager“ auf. Bereits heute setze die Sportindustrie weltweit jährlich mehr als 92 Milliarden Euro allein mit Übertragungsrechten, Werbung, Lizenzrechten und Ticketeinnahmen um. Das allein meinen die Autoren jedoch nicht. Künftig könnte die Welt des Sports nämlich etwas anders aussehen, als wir sie heute kennen. Der technische Fortschritt sowie das Anwendung von Genetik und Biochemie spielen in den Szenarien, die Markmann und von der

Gracht entwerfen, ebenso eine Rolle wie die neue Rolle Asiens in der Welt.

Bei der Formel 1 ist es schon heute üblich, dass per On-Board-Kamera übertragen wird. Ein denkbares Bild für technikbegeisterte Sportfreaks: „Wenn 2028 in Nassau (Bahamas) Usain Bolt bei der Senioren-Olympiade Sprint-Gold holt, könnten vier Milliarden Menschen am TV dank bildübertragender Kontaktlinsen in Bolts Augen das Rennen aus seiner ureigenen Perspektive hautnah am TV miterleben.“

Folgen von Gentechnik und Biochemie

Die neusten Erkenntnisse aus Genetik und Biochemie könnten künftig 55-Jährige noch Weltrekorde im Sprint laufen lassen, „Wetsportverbände richten Weltmeisterschaften für Enhanced Athletes aus“ – die Weltmeisterschaften für „naturbelassene“ Menschen finden ebenso wie die Special Olympics zu anderen Zeiten statt. „Gleichzeitig gibt es wie in der Formel 1 nicht nur eine Fahrerwertung, sondern auch eine ‚Konstruktorewertung‘, bei der regelmäßig Pfizer, Merck und Roche auf dem Treppchen stehen.“ Klingt utopisch?

Space Ball statt Fußball

Sollte die asiatische Wirtschaftskraft die der Industrienationen überflügeln, könnte möglicherweise auch die asiatische Kultur die westliche ablösen. Cricket, Tischtennis, Volleyball, Badminton und Drachenbootrennen statt Fußball? Oder gar Videospiele? „Heute schon spielen mehr Menschen Videospiele als Fußball“, so die Autoren des Beitrages. Sie spinnen ihre Gedanken zur Zukunft des Sports noch weiter: Ballsport in der Schwerelosigkeit (Space Ball), Virtual Sports (Avatare und Holgramme kämpfen miteinander) und interaktives Roboter-Wrestling, bei dem die Roboter per Gedankensteuerung durch den Ring gejagt werden – das ist in etwa die Richtung.

Die Szenarien von Markmann und Gracht mögen nicht jedem gefallen. Vor allem klassische Sportler werden sich kaum wiederfinden. Einen Gedankenflug aber sind sie wert: Bio-Enhancement ist vielleicht nicht so weit weg, wie es auf den ersten Blick scheint.

Unter <http://www.faz-institut.de/netzwerkprojekte/zukunftsmanager/archiv> kann der Beitrag aus der 9. Ausgabe des „Zukunftsmanagers“ abgerufen werden.

Europa

Einigung zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie für die Krankenpflegeausbildung

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben sich im Juni in informellen Trilog-Verhandlungen über die Neuregelung der Berufsanerkennungsrichtlinie geeinigt. Danach werden die Mindestanforderungen für den Zugang zu Krankenpflegeberufen entgegen dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag nicht erhöht. Der Zugang zur Krankenpflegeausbildung bleibt auch in Zukunft nach zehn Schuljahren möglich.

Die Richtlinie aus dem Jahr 2005 erleichtert die Mobilität von Berufstätigen innerhalb der EU durch die grenzüberschreitende Anerkennung von Berufsqualifikationen. Die Modernisierung der Richtlinie zielt auf die verbesserte Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials innerhalb des EU-Binnenmarktes.

Zulassungsvoraussetzung bleibt bei zehn Schuljahren

Ende 2011 hatte die EU-Kommission einen Reformvorschlag vorgelegt, der zunächst unter anderem eine Anhebung der Zulassungsvoraussetzungen für die Krankenpflegeausbildung auf zwölf Jahre allgemeine Schulbildung vorsah. Dies ist bereits in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten geltendes Recht. Die Kommission hatte diese Anhebung der Zulassungsqualifikation damit begründet, dass sich der Berufszweig Krankenpflege in den letzten Jahrzehnten stark weiterentwickelt habe und der Einsatz komplexerer Therapien und ständig modernisierter Technologie höhere Anforderungen an die Krankenpflegekräfte stellten.

Damit einher gehe die Übernahme von mehr Verantwortung, so dass angehende Krankenpflegekräfte vor Beginn der Ausbildung über eine solide allgemeine Schulbildung verfügen müssten, um auf diese komplexen Aufgaben der Gesundheitsversorgung vorbereitet zu sein. Dies sei durch eine Erhöhung der Zulassungsvoraussetzung für die Ausbildung auf Ausbildung auf eine allgemeine Schulausbildung von zwölf Jahren zu erreichen.

Duale Krankenpflegeausbildung weiter zulässig

Dieser Vorschlag war in Deutschland weitgehend auf Ablehnung gestoßen. Der Gesundheitssektor befürchtete durch die Anhebung der Zulassungsqualifikation auf zwölf Schuljahre einen Rückgang der Bewerberzahlen und damit eine Verschärfung des Fachkräftemangels in der Krankenpflege. Den gestiegenen Anforderungen im Berufszweig Krankenpflege sei zudem nicht durch eine pauschal verlängerte Schulbildung, sondern vor allem durch eine verbesserte Ausbildung zu begegnen.

Nach der nun in Brüssel erzielten Einigung bleibt die Ausbildung zur Krankenpflege auch weiterhin nach zehnjähriger allgemeiner Schulbildung möglich. Der gefundene Kompromiss sieht ein Zwei-Säulen-Modell vor, wonach neben einer akademischen Ausbildung nach zwölf Schuljahren auch eine berufsschulische Ausbildung nach mindestens zehn Jahren allgemeiner Schulbildung möglich ist. Damit ist die duale Krankenpflegeausbildung in Deutschland auch weiterhin nach europäischem Recht zulässig.

Die Einigung muss im Herbst noch formal von Parlament und Rat bestätigt werden; die Richtlinie wird voraussichtlich 2014 in Kraft treten.

Materialien

Themenheft: Internationale Qualifizierungsmaßnahmen für Unternehmen

Erschienen in der Themenreihe „EU-Förderung konkret“, 31 S., Düsseldorf: NRW.BANK 2013, kostenlos zu beziehen per E-Mail an europa@nrwbank.de.

EU-Förderung für internationale Qualifizierungsmaßnahmen

Mitarbeiter, die den „Blick über den Tellerrand“ wagen und sich durch berufliche Auslandsaufenthalte oder spezielle internationale Qualifikationen weiterentwickelt haben, sind in Zeiten des globalen Wettbewerbs und des Fachkräftemangels wertvolle Ressourcen für die Unternehmen.

Internationale Qualifizierung beginnt heute schon in der Ausbildung. Im Januar dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der Auszubildenden während ihrer Berufsausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvieren sollen. Damit übertrifft Deutschland die Zielvorgaben der Europäischen Union. Auslandspraktika während der Ausbildungszeit sollen selbstverständlich werden, um Mitarbeitern frühzeitig eine internationale Perspektive zu verschaffen und den Unternehmen bessere Wachstumschancen zu ermöglichen.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach Auslandsaufenthalten in der Berufsbildung stetig angestiegen. In den ersten vier Monaten 2013 wurden bereits 13 Prozent mehr LEONARDO-Stipendien beantragt als im gleichen Zeitraum 2012. Aber nicht nur Auszubildende, auch Jungunternehmer, Fachkräfte, Manager und anderes Personal suchen verstärkt die internationale Perspektive, um sich weiterzubilden und ihr Geschäft auszubauen.

Diese Entwicklung voranzutreiben und mit Fördermitteln zu unterstützen, ist ein erklärtes Ziel der Europäischen Union. Seit 2002 besteht mit dem so genannten Kopenhagen-Prozess bereits eine enge europäische Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Aktuelles Themenheft „EU-Förderung konkret“ der NRW.BANK

In ihrer Eigenschaft als Mitglied des „Enterprise Europe Network“ der Europäischen Kommission in Nordrhein-Westfalen (NRW.Europa, www.nrweuropa.de) hat die NRW.BANK in der Reihe „EU-Förderung konkret“ eine Broschüre erstellt, die sich diesem Thema widmet. Sie zeigt auf, welche Förderprogramme seitens der EU bestehen, um Mitarbeiter auf internationaler Ebene zu qualifizieren. Die Bandbreite der dargestellten Fördermaßnahmen reicht von Managerfortbildungen für Auslandsgeschäfte über die grenzüberschreitende Weiterbildung von Fachkräften bis hin zur Fortbildung von Jungunternehmern im Ausland. Manche der Förderprogramme sind auch für die Sozialwirtschaft interessant und werden im Folgenden vorgestellt.

Grenzüberschreitende Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften in der Euregio Maas-Rhein

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird im Dreiländereck um Aachen ein EU-Projekt zur grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften gefördert („Future Proof for Cure and Care“). Unter der Leitung der belgischen Provinz Limburg sind unter anderem die Katholische Hochschule NRW, der Evangelische Krankenhausverein zu Aachen, das Universitätsklinikum Aachen und das Luisenhospital der Stadt Aachen an dem INTERREG-Projekt beteiligt. Insgesamt wirken 27 Partner aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden mit.

Das Projekt „Future Proof for Cure and Care“ (2011-2014) hat das Ziel, dem Fachkräftemangel in der Gesundheitsbranche entgegenzuwirken und einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt für Pflegekräfte in der Euregio Maas-Rhein zu schaffen. Dazu werden neue grenzübergreifende Qualifizierungsmöglichkeiten in der Pflege entwickelt, die in der gesamten Euregio anerkannt werden.

Verschiedene Fortbildungsmaßnahmen sollen eine Höherqualifizierung für Mitarbeiter in den Pflegeberufen ermöglichen. Unter anderem wird eine euregionale Masterclass für Pflegeberufe aufgebaut. Daneben steht eine weitere Ausdifferenzierung der Qualifizierung von Pflegekräften zum Beispiel in den Bereichen Demenz, Palliativmedizin und Onkologie im Mittelpunkt des Projekts. Studenten, Auszubildende und Beschäftigte in den Pflegeberufen können an grenzüberschreitenden Austauschmaßnahmen teilnehmen, auf diese Weise das Gesundheitssystem jenseits der Grenze aus eigener Erfahrung kennenlernen und sich mit einem grenzüberschreitend anerkannten Abschluss für die Arbeit in der ganzen Euregio qualifizieren. Weitere Informationen: www.pflege-regio-aachen.de/future-proof-for-cure-and-care.html

Auslandsstipendien für Auszubildende im Sozial- und Gesundheitswesens

Ein anderes interessantes EU-Förderprogramm ist das Programm LEONARDO DA VINCI (Mobilität). Hier können Auszubildende, Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Hochschulabsolventen ein Stipendium für einen Arbeitsaufenthalt in einem ausländischen Gastbetrieb erhalten. Dafür stellt die EU in diesem Jahr rund 33 Mio. Euro bereit.

Speziell für Auszubildende der Gesundheits- und Pflegeberufe besteht ein eigenes Auslandsstipendienprogramm, das von der Leibniz Universität Hannover organisiert wird. Das Projekt „Health Care Work Exchange 2013“ bietet 180 Stipendien für Auszubildende aus ganz Deutschland, die ein Auslandspraktikum zwischen 4 und 26 Wochen absolvieren wollen. Außerdem können Azubis und Hochschulabsolventen im Sozial- und Gesundheitswesen an vielen branchenübergreifenden LEONARDO-Projekten teilnehmen. Weitere Informationen: www.dezernat4.uni-hannover.de/eu-praktika.html und [www.na-bibb.de/leonardo da vinci/mobilitaet.html](http://www.na-bibb.de/leonardo_da_vinci/mobilitaet.html)

Mit „Erasmus für Jungunternehmer“ Auslandserfahrung sammeln

Das Programm "Erasmus für Jungunternehmer" ist für Gründer und Selbständige auch in der Sozialwirtschaft geeignet. Hierbei können Jungunternehmer sich – unterstützt durch ein Stipendium – bei einem erfahrenen Unternehmer im Ausland weiterbilden und gleichzeitig interessante Kontakte für ihre Arbeit knüpfen. Der Auslandsaufenthalt bei einem Gastunternehmen (1-6 Monate) wird durch ein Stipendium für die Reise- und Aufenthaltskosten gefördert. Die Höhe des monatlichen Zuschusses hängt von den Lebenshaltungskosten im Gastland ab und beträgt z. B. 610 Euro im Monat für den Lebensunterhalt in Tschechien, 830 Euro in den Niederlanden, 900 Euro im Monat in Frankreich und Italien bzw. 1.000 Euro in Großbritannien und in Irland. Anträge können jederzeit online bei einer lokalen Vermittlungsstelle eingereicht werden, von denen es in Deutschland mehrere gibt. Adressen und weitere Informationen: www.erasmus-entrepreneurs.eu

Die Themenreihe „EU-Förderung konkret“ der NRW.BANK erscheint halbjährlich. Interessenten können sie online unter www.nrweuropa.de/abo abonnieren.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.), s.rueth@sozialbank.de
Henning Braem, h.braem@sozialbank.de (Europa)
Jens Hayer, j.hayer@sozialbank.de (Demographie)
Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de (Gesellschaft)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Marketing)

Freie Mitarbeit:

Susanne Bauer, NRW Bank, susanne.bauer@nrwbank.de (Materialien)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich